

A. Gesetzesinfos

1. Datenschutzgrundverordnung

Die Innen- und Justizminister der EU haben sich darauf geeinigt, dass der „risikobasierte Ansatz“ im Datenschutzrecht in den Focus rücken soll. Insgesamt soll die Datenschutzreform damit abgeschwächt werden, aber um ein Kapitel zu technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen erweitert werden (<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13772-2014-INIT/en/PDF>).

2. Implantatpass

Zukünftig erhalten Patienten, denen Herzklappen, Hüft- oder Kniegelenke oder auch Brustimplantate implantiert werden, einen Implantat-Pass, der Art, Bezeichnung, Seriennummer und Typ des Implantats enthält. Außerdem wird eine Patienteninformation mit Verhaltensanweisungen obligatorisch. Auslöser ist die Verordnung über die Abgabe von Medizinprodukten (<http://www.bmg.bund.de/ministerium/presse/pressemitteilungen/2014-03/medizinprodukte-abgabe-verordnung.html>).

3. Archivierung von Akten abgewickelter medizinischer Einrichtungen

Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz mit der Novellierung des Heilberufegesetzes (§ 22 Abs. 2) eine gesetzliche Grundlage in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Danach sollen bei Betriebsende einer Einrichtung Maßnahmen getroffen werden, um Dokumentationen datenschutzkonform archivieren und verfügbar halten zu können.

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Sind IP-Adressen personenbezogene Daten?

Seit längerem wird mit weitreichenden Konsequenzen darum gestritten, ob IP-Adressen personenbezogene Daten seien. Der Bundesgerichtshof zweifelt offenbar daran. In dem Verfahren mit dem Az.: VI ZR 135/13 hat der BGH dem EuGH nun diese Frage vorgelegt.

2. Einbindung fremder Webseiteninhalte keine Urheberrechtsverletzung

Einbindung von Inhalten anderer Webseiten – wie beispielsweise ein embedded linked YouTube Video – stellt keine Urheberrechtsverletzung dar, so der EuGH in seinem Beschluss vom 24.10.2014 (Az.: C 348/13).

3. Löschung der Daten in einem Ärzteportal

Der BGH hat mit Urteil vom 23.09.2014 (Az.: VI ZR 358/13) die Klage eines Arztes abgewiesen, Daten aus einem Ärztebewertungsportal löschen zu lassen. Dabei hat der BGH festgestellt, dass das Recht des Klägers auf informationelle Selbstbestimmung nicht dem Recht auf Kommunikationsfreiheit überwiegt.

4. Krankenhäuser dürfen Leistungen von Honorarärzten nicht als wahlärztliche Leistungen abrechnen

In einem Krankenhaus nicht fest angestellte Honorarärzte, die Operationen durchführen, dürfen vom Krankenhaus gegenüber (Privat-)Patienten nicht als Wahlleistung abgerechnet werden, so der BGH in seiner Entscheidung vom 26.10.2014 (Az.: III ZR 85/14).

5. Haftung eines Arztes für psychische Folgen der unerwünschten Mitteilung einer Erbkrankheit des anderen Elternteils

„Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst ein „Recht auf Nichtwissen der eigenen genetischen Veranlagung, das den Einzelnen davor schützt, Kenntnis über ihn betreffende genetische Informationen mit Aussagekraft für seine persönliche Zukunft zu erlangen, ohne dies zu wollen“, so der BGH in seinem Urteil vom 20.05.2014 (Az.: VI ZR 381/13)

6. Herausgabe nur anonymisierter Arbeitszeitlisten an Personalvertretung

Das BVerwG hat in seinem Beschluss vom 19.03.2014 (Az.: 6 P 1/13) das Verlangen des Personalrats zurückgewiesen, dass diesem die in der elektronischen Arbeitszeiterfassung gespeicherten Daten mit namentlicher Nennung der Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden. Ausreichend für seine Überwachungsaufgabe sind anonymisierte Arbeitszeitlisten.

7. Schadensersatz bei fehlender Löschung eines unrechtmäßigen Links

Das Audiencia Provincial Barcelona (vgl. einem OLG) hat mit seinem Urteil vom 17.07.2014 (Az.: 99/2012) die Zahlung eines Schmerzensgeldanspruchs wegen Persönlichkeitsrechtsverletzung gegen Google ausgesprochen, nachdem ein Link auf eine rechtsverletzende Seite nicht gelöscht worden war.

8. Auch Notfallpatienten sind über Privatabrechnung zu informieren

Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat mit Beschluss vom 07.04.2014 (Az.: Lv 9/13) entschieden, dass Patienten auch in Notfällen darüber zu informieren sind, dass die Notfallbehandlung privatärztlich liquidiert werden soll.

9. Keine Verantwortlichkeit von Firmen für Datenschutz auf Facebook

Das OVG Schleswig hat mit Urteil v. 04.09.2014 (Az. 4 LB 20/13) die Verantwortlichkeit von Firmen in Schleswig-Holstein für den Datenschutz auf Facebook verneint.

10. Vertrauliche Inhalte dürfen in Gerichtsverfahren eingeführt werden

Das OLG Karlsruhe hat im Beschluss vom 04.03.2014 (Az.: 1 W 4/14) bekräftigt, dass in einem Gerichtsverfahren alles vorgetragen werden darf, was zur Wahrung der eigenen Rechte für erforderlich gehalten wird. Dies gilt auch und gerade für vertrauliche Inhalte. Eine medizinische Einrichtung ist daher stets befugt, z. B. Behandlungshintergründe in ein Gerichtsverfahren einzuführen, wenn dies der Wahrung der eigenen Interessen dient.

11. Videoüberwachung im begrenzten Rahmen zulässig

Das OVG Niedersachsen hat mit Urteil vom 29.09.2014 (Az.: 11 LC 114/13) den Einsatz von Videoaufnahmen im Eingangsbereich und den Treppenaufgängen und eine Speicherung im Rahmen des sogenannten black-box-Verfahrens bis zu 10 Tage für zulässig erklärt.

12. Auftragsdatenverarbeitung auch für medizinische Einrichtungen möglich

In Bundesländern ohne legitimierende gesetzliche Grundlage zur Auftragsdatenverarbeitung stellt diese nach der noch herrschenden Meinung eine Schweigepflichtverletzung nach § 203 StGB dar. Der EuGH hatte in seiner Entscheidung vom 22.11.2012 (Az. C119/12) beider vergleichbaren Sachlage (Einschaltung eines Dritten bei Telekommunikationsdienstleistungen zur Abrechnung ohne Verletzung von § 203 StGB) eine Auftragsdatenverarbeitung für möglich gehalten, wenn die Vorgaben aus § 11 BDSG beachtet werden. Nun liegt auch das Urteil eines deutschen Instanz-Gerichts vor, das diese Auffassung bekräftigt (LG Berlin vom 13.08.2013, Az.: 54 S 24/12).

13. Impressum bei Nutzung des Portals XING

Das LG Dortmund hat mit Urteil vom 14.05.2014 (Az.: 5 O 107/14) die grundsätzliche Notwendigkeit unterstrichen, auch auf einem Xing-Portal ein Impressum einzurichten. Xing bietet schon seit längerem die Möglichkeit an, in den Profileinstellungen des eigenen Bereichs Impressumsangaben nach § 5 TMG zu hinterlegen. Allerdings muss ein gewerblicher Hintergrund des Portalinhabers vorliegen.

14. Bewerberablehnung wegen Konfessionslosigkeit okay

Das LAG Berlin hat am 28.04.2014 (Az.: 4 Sa 157/14) bekräftigt, dass die evangelische Kirche bei der Bewerbung um die Stelle eines „Antirassismus-Referenten“ einen Bewerber wegen Konfessionslosigkeit ablehnen darf.

15. Akteneinsicht ist ein höchstpersönliches Recht

Das LAG Schleswig-Holstein hat in seinem Urteil vom 17.04.2014 (Az.: 5 Sa 385/13) verdeutlicht, dass das Akteneinsichtsrecht ein höchstpersönliches ist und nicht durch einen beauftragten Rechtsanwalt ausgeübt werden kann.

16. Heimliches Mithören eines Telefonats verboten

Das AG München hat in seinem Urteil vom 29.08.2014 (Az.: 222 C 1187/14) hervorgehoben, dass auch das heimliche Mithören eines Telefonats in einer Gaststätte das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Betroffenen verletzt. Es braucht also gar nicht des Aufwandes von Abhör- und Aufzeichnungsanlagen.

17. Verantwortlichkeit gewerblich Handelnder offener WLANs als Diensteanbieter?

Das LG München hat mit Beschluss vom 18.09.2014 (Az.: 7 O 14719/12) dem EuGH die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob gewerblich handelnde Betreiber eines offenen WLANs als Diensteanbieter gemäß § 8 TMG von der Haftung für Urheberrechtsverstöße freigestellt sind, die über ein offenes WLAN begangen wurden.

18. Filesharing Fälle

Das AG Bielefeld hat in seiner Entscheidung vom 04.09.2014 (Az.: 42 C 45/14) ausdrücklich deutlich gemacht, dass einem Internetanschlussinhaber keine tatsächliche Vermutung und keine sekundäre Darlegungsleistung in Filesharing-Fällen trifft. Behauptet der Inhaber mit einem Vorwurf nicht zu tun zu

haben, so ist es nicht seine Aufgabe Täter zu ermitteln. Dieses Urteil konkretisiert die Bearshare-Entscheidung des BGB vom 08.01.2014 (Az.: I ZR 169/12) zu diesem Thema.

C. Sonstiges

1. Nutzung privater E-Mail-Postfächer für dienstliche Zwecke

Die Aufsichtsbehörde in Rheinland-Pfalz hat in ihrem Bericht 2012/2013, III, Nr. 1.1) deutlich gemacht, dass die pauschale Weiterleitung von dienstlichen Emails an private Email-Konten grundsätzlich nicht zulässig ist. Nur bei begründeten Einzelfällen ist eine Weiterleitung erlaubt (https://www.datenschutz.rlp.de/downloads/tb/ds_tb24.pdf).

2. IT-Compliance Guideline

Die FinSoz e. V. hat eine instruktive IT-Compliance-Guideline veröffentlicht (https://www.finsoz.de/sites/default/files/dokumente/IT-Compliance-Guideline_V1f.pdf). Auf Anfrage wird zusätzlich eine ausführliche Checkliste zur Verfügung gestellt.

3. Selbstschutz

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung hat ein „Whitepaper Selbstschutz“ veröffentlicht, um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für Einzelne zu stärken (http://www.forum-privatheit.de/forum-privatheit-de/texte/veroeffentlichungen-des-forums/themenpapiere-white-paper/Forum_Privatheit_White_Paper_Selbstschutz_Web.pdf).

4. Mitarbeiter melden den Verlust mobiler Geräte häufig zu spät

Eine internationale B2B-Untersuchung im Auftrag von Kaspersky Lab im Jahr 2014 unter Beteiligung von rund 3.900 IT-Entscheider aus 27 Ländern (darunter 194 deutsche) ergab, dass der Verlust mobiler Geräte (z. B. nach einem Diebstahl) häufig zu spät angezeigt würde (<http://www.compliancemagazin.de/markt/studien/kaspersky-lab260914.html>).

Durch dieses Verhalten werden Datenverlustrisiken in Unternehmen erhöht. Dienstanweisungen und Sensibilisierungen können Abhilfe schaffen.

5. Prüfung von Email-Servern auf Verschlüsselungsmöglichkeiten

„Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) hat Anfang September 2014 bei insgesamt 2.236 bayerischen Unternehmen das Sicherheitsniveau der eingesetzten Mailserver automatisiert überprüft. Das BayLDA hat dabei seine Prüfpraxis transparent gemacht (<https://www.lida.bayern.de/onlinepruefung/emailserver.html>). 772 Unternehmen genügten dabei den gestellten datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht und wurden deshalb vom BayLDA schriftlich aufgefordert, ihre Mailserver an den Stand der Technik anzupassen“, so die Mitteilung auf der Webseite der bayerischen Aufsichtsbehörde (http://www.lida.bayern.de/lida/datenschutzaufsicht/p_archiv/2014/pm012.html).

6. Software hosted in Germany

Der Bundesverband IT-Mittelstand e. V. (BITMi) hat ein neues Gütesiegel „Software Hosted in Germany“ angeboten, das es Softwareherstellern ermöglichen soll mit dem deutschen (Datenschutz)-Sicherheitsstandard zu werben (<http://www.bitmi.de/php/evewa2.php?menu=0301>).

7. Leitfaden Videoüberwachung

Die Aufsichtsbehörde in NRW hat einen umfassenden und instruktiven Leitfaden zum Thema Videoüberwachung veröffentlicht (https://www.lidi.nrw.de/mainmenu_Datenschutz/submenu_Datenschutzrecht/Inhalt/Videoueberwachung/Inhalt/_Sehen_und_gesehen_werden_-_Video__berwachung_durch_Private_in_NRW/Sehen_und_gesehen_werden1.pdf).

8. Orientierungshilfe Cloud Computing

Die Datenschutzaufsichtsbehörden haben mit Datum vom 09.10.2014 die Version 2 der Orientierungshilfe „Cloud Computing“ veröffentlicht (https://www.datenschutz-mv.de/datenschutz/publikationen/informat/cloud/oh_cloud.pdf).

9. Cloud Computing - ISO-Standard zum Datenschutz

Die ISO 27018 zu Cloud Computing definiert die datenschutzrechtlichen Anforderungen zum Thema. (http://www.iso.org/iso/catalogue_detail.htm?csnumber=61498).

10. BSI-Empfehlungen zum Cloud Computing

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik hat eine Handreichung zum Umgang mit Cloud Computing veröffentlicht (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Mindestanforderungen/Sichere_Nutzung_Cloud_Dienste.pdf?__blob=publicationFile).

11. Crypto Software für Cloud Computing

Eine neue Software des Fraunhofer-Instituts SIT verschlüsselt Unternehmensdaten, bevor sie in die Cloud verschoben werden und verhindert eine Kenntnisnahme durch Dritte, wie z. B. durch den Cloud Anbieter (<http://www.heise.de/ix/meldung/Flexible-Krypto-Software-fuer-Cloud-Speicher-2410941.html>).

12. Ermöglicht Firefox demnächst das anonyme Browsen?

Schon bisher war es möglich mit Firefox anonym zu surfen (<http://www.getfirefox.de/anonym-und-sicher-surfen-mit-firefox/>). Angeblich wird darüber nachgedacht mit Hilfe des Tor-Netzwerkes die Anonymisierung zum Standard zu erheben (<http://www.onlinewelten.com/games/firefox/news/firefox-tor-verschluesselung-mozilla-denkt-angeblich-einbau-127340/>).

13. Bußgeldandrohungen für veröffentlichte Dash Cam Videos

Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) will gegen Aufnahmen von Dashcams vorgehen, die ins Internet gestellt werden und Bußgelder verhängen (http://www.lida.bayern.de/lda/datenschutzaufsicht/p_archiv/2014/pm013.html).